

4. Wie hoch war die kumulierte Summe der offenen Forderungen, die nicht innerhalb von 30 Tagen beglichen wurden? (Bitte um Auflistung für die Jahre 2016, 2017 und 2018)
5. Wie viele Forderungen wurden in den Jahren 2016, 2017 und 2018 erst mit einem zeitlichen Verzug über dem Zahlungsziel der Stadt Graz beglichen? Wie viel Prozent aller Forderungen sind dies? (Bitte um Auflistung nach Jahren)
6. Wie viele Tage war die Stadt maximal beim Begleichen von Forderungen in Verzug? (Bitte um Auflistung für die Jahre 2016, 2017 und 2018)

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11 Anträge (schriftlich)

11.1 Mur-Promenaden (GR Heuberger, ÖVP)

An der Mur-Promenade im Grazer Süden, die wirklich zum Spaziergang wie auch zu Ruhestunden am schönen Murufer einlädt, befindet sich auf rd. zwei Kilometer keine Möglichkeit, sich einer menschlichen Notdurft zu entledigen, da dort weder eine WC-Anlage noch ein vom Ufer aus sichtbares Lokal vorhanden sind.

Nun wurde bekannt, dass der ansässige Ruderbootsklub um eine Gebäudeerweiterung ansuchte und diese sogar noch im heurigen Jahr errichtet werden soll. Dies wäre doch eine gute Gelegenheit, diese Vergrößerung des Klubgebäudes für eine derartige WC-Einrichtung zu nützen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden ersucht, mit dem Ruderbootklub Varianten zu erarbeiten, die es ermöglichen, die Ausbaumaßnahmen um eine öffentliche WC-Anlage zu erweitern.

Darüber hinaus werden die zuständigen Stellen im Haus Graz ersucht, auf beiden Flussseiten innerhalb des Stadtgebietes geeignete Stellen für die Errichtung öffentlicher WC-Anlagen zu ermitteln.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.2 Fahrrad-Service-Stationen (GRⁱⁿ Hopper, ÖVP)

Mit dem Sommersemester-Start auf den Universitäten in Graz und der wärmeren Frühlingstemperaturen nimmt auch die Anzahl an Radfahrerinnen und -fahrer, die ihre täglichen Strecken mit dem Fahrrad zurücklegen, wieder stetig zu. Das Rad ist innerstädtisch nach wie vor das schnellste Verkehrsmittel und eine kostengünstige, gesunde, aber vor allem auch umweltfreundliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr. Bei den 16- bis 35- Jährigen waren es 19 % der Weganteile, die mit dem Rad zurückgelegt wurden. Somit ist insbesondere diese Altersgruppe jene, die am nächsten an den 2012 festgelegten Zielen für den Modal Split liegen.

Kleinere Unbequemlichkeiten wie zum Beispiel eine lockerere Schraube oder keine Luft im Reifen können für Radfahrer schnell zu einer mühseligen Prozedur führen, die möglicherweise sogar dazu führen kann, das Rad ganz und gar zu Hause stehen zu lassen. Viele Städte auf der ganzen Welt haben sich dieser Sorgen schon lange angenommen und fix installierte Service- Stationen an hochfrequentierten Radstrecken aufstellen lassen. Neben Städten wie Ottawa (Kanada) oder Krakau (Polen) gibt es auch in Salzburg seit 2000 bereits Service-Stationen, die 24 Stunden zur Verfügung stehen und an denen Lenker rasch ihre Räder reparieren bzw. aufpumpen können. In Salzburg stehen beispielsweise neben fix montierten Werkzeugen sogar

Luftdruckpumpen zur Verfügung, während in Wien mit der „Wiener Pumpe“ selbst gepumpt wird.

Die Service-Stationen werden international aber auch in Graz, zum Beispiel auf dem Areal der KFV oder der TU-Graz, gut angenommen. Graz hat aber auch über die Universitäten hinaus ein Radwegenetz, das sich auch über die 13 Hauptrouten hinaus erstreckt. Um den Radfahrerinnen und Radfahrern, die dieses Netz tagtäglich befahren, entgegenzukommen, ist es daher lange überfällig, dass auch Graz an hochfrequentierten Strecken und Verkehrsknotenpunkten Fahrrad Service-Stationen bekommt.

Daher stelle ich im Namen der ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen, dass die zuständigen Stellen im Haus Graz die nötigen Schritte für die Errichtung von Fahrrad-Service-Stationen nach einem der oben genannten Modelle einleiten.

Dem Gemeinderat ist bis spätestens 19. September dJ. ein Bericht vorzulegen, in welchem die für die Servicestationen eruierten sinnvollen Standorte und, sofern nicht bereits umgesetzt, ein Umsetzungszeitplan angeführt ist.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.3 Kreuzung Waltendorfer Hauptstraße – Breitenweg, Evaluierung der
Sichtsituation
(GR Stöckler, ÖVP)**

Aufgrund der Verlegung der Bushaltestelle Sonnenhang stadtauswärts um ca. 30 Meter kommt es für Fahrzeuge und Radfahrer zu einer massiven Sichteinschränkung beim Verlassen des Breitenwegs durch parkende Fahrzeuge vor der Shell-Tankstelle.

Auch der aufgestellte Verkehrsspiegel kann nicht mehr zu einer Entschärfung der Gesamtsituation beitragen.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen werden ersucht, zu prüfen, ob nicht ein Parkverbot für Kraftfahrzeuge im Bereich der Shell-Tankstelle ein geeignetes Mittel wäre, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.4 Bienen in die Stadt

(GRⁱⁿ Dipl.-Museol. (FH) Braunersreuther, KPÖ)

Bienen leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt des Ökosystems. Aufgrund der hohen Pestizidbelastung durch die Landwirtschaft finden sie insbesondere im ländlichen Raum jedoch kaum mehr geeignete Nahrung. In den Städten dagegen fühlen sie sich aufgrund der meist ungespritzten Zier- und Wildblüten, die sie hier finden, dagegen recht wohl. Der Klimawandel, Pestizide, eingeschleppte Schädlinge und Krankheiten verursachen aber auch dort oft Ausfälle von ganzen Bienenvölkern. Für viele Imker der alten Schule ist das Imkern nicht mehr rentabel. Bei den jungen Bienenzüchtern wiederum fehlt es oftmals an geeigneten Plätzen. So wird das Überleben der Honigbiene zusätzlich gefährdet. Es gibt daher bereits Initiativen, die das Aufstellen von Bienenstöcken fördern. Doch Graz könnte durchaus noch mehr der Nützlinge vertragen. In der Stadt fliegen Bienen am liebsten von Hausdächern aus, da sie so ihre Kästen am leichtesten erreichen können.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die Stadt Graz und die GBG sollen überprüfen, auf welchen Dächern im „Haus Graz“ es möglich wäre, Bienenvölker anzusiedeln und diese Dächer den Imkern zur Verfügung stellen. Insbesondere sollen auf diese Weise Jungimker gefördert werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.5 1.700,- Euro Mindestlohn für Magistratsbedienstete und Bedienstete
stadtnaher Unternehmen
(GR Luttenberger, KPÖ)**

Interessantes aus dem Burgenland: Der neu amtierende Landeshauptmann Hans Peter Droschitz plant, die Gehälter der burgenländischen Landesbediensteten per Gesetzesnovelle auf 1.700,- Euro netto (inkl. „harmonisierter“ Zulagen) als Mindestlohn anzuheben. Ein Modell mit konkreten Zahlen dazu befindet sich in Ausarbeitung. Während Personalvertretung und ÖGB sich dazu positiv äußern, kommen erwartungsgemäß aus der Wirtschaft skeptische Stimmen. Natürlich, denn ein solch bemerkenswerter Schritt hätte Signalwirkung. Es geht letztendlich nicht nur um Landesbedienstete, es geht um alle berufstätigen Menschen. In Österreich verdienen rund 317.000 Menschen (Stand 2017) trotz Vollzeitarbeit weniger als 1.700,- Euro brutto (14x jährlich). Dazu kommen noch 300.000 Teilzeit- oder nicht ganzjährig Beschäftigte, die für noch niedrigere Löhne arbeiten.

Derzeit befinden sich Österreich, die Steiermark und Graz in einer sehr guten Konjunkturlage. Beispielsweise wird uns ein FacharbeiterInnenmangel in den nächsten Jahren begleiten. Bei vielen wichtigen Berufsbildern - sei es im Sozial- und Pflegebereich, Tourismus usw. - wird händeringend nach Arbeitskräften gesucht. Allerdings, wenn Facharbeitskräfte zum Preis von angelernten Hilfskräften arbeiten

sollen, ist es kein Wunder, wenn viele Menschen solche „Angebote“ rundweg ablehnen bzw. ignorieren.

Die amtierende Bundesregierung plant aktuell eine (spürbare?) Steuerreform inklusive Abschaffung der „Kalten Progression“. Dies ist gut und wichtig. Schon mit der Abschaffung der „Kalten Progression“, gekoppelt mit der vom Finanzminister angekündigten Eintreibung von Steuerschulden in Milliardenhöhe, käme die genannte Mindestlohnanhebung fast in die Nähe eines Selbstläufers.

Zur Erinnerung: 2007, nicht gerade ein Jahr mit blühendem Wirtschaftswachstum, wurde zwischen ÖGB und Wirtschaftskammer eine Generalvereinbarung für 1.000,- Euro Mindestlohn geschlossen. Ende 2016, bei durchwachsener Konjunkturlage, einigten sich die Sozialpartner per Generalvereinbarung (gilt aber nicht für alle KV-Verträge) auf eine Mindestlohnanhebung in Höhe von 1.500 Euro brutto (Vollzeitarbeit, Umsetzung bis 2020).

Die Zeit ist aus oben genannten Gründen reif, um per allseits gültigem Generalkollektivvertrag, mindestens als Adäquat für die beschlossenen weiteren Arbeitszeitflexibilisierungen, den Mindestlohn in Höhe von 1.700,- Euro netto rasch einzuführen. Schon Henry Ford sagte: „Menschen mit gutem Lohn kaufen verstärkt auch mehr Produkte, beleben Konsum und Markt.“ Dies würde auch der Stadt Graz, als Motor der steirischen Wirtschaft, gut zu Gesicht stehen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die verantwortlichen Stellen der Stadt Graz sollen ein Gehaltsschema entwickeln, in dem vorgesehen ist, dass Bediensteten des Hauses Graz ein Mindestlohn von 1.700 Euro netto (14-mal jährlich) zusteht.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.6 Spiel – Sport – Spaß: Angebot für ältere Menschen attraktivieren
(GR Sikora, KPÖ)**

Auch ältere Menschen haben von Natur aus den Drang zu Fitness, Sport und Bewegung, welcher durch genügend geeignete Angebote gefördert werden soll. Regelmäßiges Training im fortgeschrittenen Alter fördert die Gesundheit und fördert auch das Gesamtbefinden. Ein flächendeckendes Angebot würde darüber hinaus auch das allgemeine Gesundheitsbewusstsein fördern und animiert den einen oder anderen dazu, Ausdauer, Kondition, Motorik, Koordination und Gleichgewicht zu trainieren.

Leider führen fehlende Einrichtungen dazu, dass viele stundenlang hinter Computern oder Fernsehgeräten hocken, anstatt hinaus in die Natur und Luft zu gehen, um ihren Körper gesund und fit zu erhalten und Spaß an der Bewegung zu haben.

Vergleicht man nun das Angebot unserer Stadt mit dem anderer Großstädte, so kommt man leider zum Schluss, dass das Angebot vor allem für ältere Generationen eher sehr dürftig ausfällt. Während man in anderen Großstädten an fast jedem freien Platz Trainings- und Sportmöglichkeiten vorfindet, hinkt Graz in diesem Bereich hinterher. Unsere Stadt expandiert einwohnermäßig von Jahr zu Jahr. Das Angebot an geeigneten Trainingsmöglichkeiten für ältere Menschen in unserer Stadt hält aber damit nicht Schritt. Eine flächendeckende Evaluierung bzw. Umsetzung entsprechender Sportangebote ist da längst überfällig.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die verantwortlichen Stellen der Stadt Graz werden höflichst ersucht zu evaluieren, wo auf dem Grazer Stadtgebiet Sport-, Spiel- und Trainingsmöglichkeiten für ältere Menschen errichtet werden sollten, um flächendeckend ein ausreichendes Angebot zu

bekommen. Im Anschluss daran soll Schritt für Schritt der Ausbau dieser Einrichtungen erfolgen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.7 Prüfung einer Teilnahme an der Urlaubsaktion für SeniorInnen (GRⁱⁿ. Mag.^a Taberhofer, KPÖ)

Am 24. Februar dieses Jahres war einem kurzen Artikel der Wochenzeitung „Der Grazer“ zu entnehmen, dass auch 2019 die Steiermärkische Landesregierung wieder beschlossen hat, eine Urlaubsaktion für jene älteren Menschen durchzuführen, die nur über ein geringes Einkommen verfügen. Unterkunft und Mahlzeiten in ausgewählten steirischen Gasthöfen sind dabei kostenlos. Anspruchsberechtigt sollen alle Steirerinnen und Steirer sein, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und deren monatliches Nettoeinkommen nicht mehr als 1.022 € für alleinlebende Personen bzw. 1.533 € für Ehepaare oder Lebensgemeinschaften beträgt. Die Gemeinden tragen außerhalb von Graz über die Sozialhilfeverbände die Hälfte der Kosten für diese Aktion. Die Stadt Graz hat sich bislang leider nur einmalig im Jahr 2012 auf Antrag der KPÖ mit einer finanziellen Unterstützung an dieser Urlaubsaktion für SeniorInnen beteiligt, obwohl es Tatsache ist, dass gerade auch in Graz viele ältere Menschen leben, die sich aufgrund hoher Lebenserhaltungskosten (z. B. Mieten) und geringer Pensionen keinen Urlaub leisten können. Denn Urlaub gilt für sie als Luxus, da das wenige Geld kaum ausreicht, um die primären Bedürfnisse abdecken zu können. Besonders betroffen sind in dieser Zielgruppe vor allem Frauen. Armut im Alter führt somit zu mangelnder Teilhabe, gefährdet die Gesundheit und trägt auch zur Vereinsamung bei. Daher liegt es an uns, diesen Menschen auch in Graz einmal einen Urlaub zur Erholung zu ermöglichen.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, eine kontinuierliche Unterstützung der steiermarkweiten Urlaubsaktion für SeniorInnen, die je zur Hälfte vom Land Steiermark und den Sozialhilfeverbänden getragen wird, auch für die älteren Menschen der Stadt Graz zu prüfen und in ihrem Interesse umzusetzen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.8 Attraktivierung des Kinderspielplatzes beim Bezirksamt in St. Peter (GR Hötzl, FPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Direkt hinter dem Bezirksamt in St. Peter befindet sich ein öffentlicher Spielplatz, welcher auch sehr gerne von den Bürgern des 8. Grazer Stadtbezirks besucht wird. Leider sind auf diesem Spielplatz nahezu keine Spielgeräte aufgestellt bzw. nur Spielgeräte, die von größeren Kindern benutzt werden können. Da im Bezirksamt obendrein auch noch ein Kindergarten angesiedelt ist, würden es Sinn machen, diesen Spielplatz derart auszubauen, dass er auch über die Bezirksgrenzen hinaus bekannt gemacht wird und auch von Bürgern anderer Bezirke mit ihren Kindern besucht werden kann. Platz wäre mehr als ausreichend vorhanden.

Aus diesem Grund stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz werden ersucht, ein Konzept zu erstellen, um den Spielplatz hinter dem Bezirksamt St. Peter zu modernisieren und auf den neuesten Stand der Technik bzw. Pädagogik zu bringen. Ziel soll es sein, diesen Spielplatz zu einem sogenannten „Vorzeigespielplatz“ umzugestalten, der auch über die Bezirksgrenzen hinaus ein Anziehungspunkt wird.

St. Peter bekennt sich damit zu einem kinder- und familienfreundlichen Bezirk in Graz.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.9 Autobahnanbindung Gewerbegebiet Messendorfgrund – Machbarkeitsprüfung (GR Hötzl, FPÖ)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Probleme – sowohl verkehrstechnischer als auch umwelttechnischer Natur – sind bekannt und werden sowohl für die anrainende Bevölkerung als auch für die Betriebe im Gewerbegebiet immer größer, sodass es nun schon dringend an der Zeit ist, endlich tätig zu werden.

Aus diesem Grund stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Abteilungen sollen einen möglichen Autobahnanschluss entsprechend den nachfolgenden Kriterien prüfen und das Ergebnis (und die Ergebnisse aus den folgenden Unterpunkten) spätestens bis zur GR-Sitzung im Juni in Form eines Informationsberichtes dem Gemeinderat vorlegen:

- Erhebung genauer Verkehrszahlen insbesondere der LKW-Fahren vom und in das Gewerbegebiet an allen Zu- und Abfahrten, besonders aber bei der Zu- bzw. Abfahrt zum St.- Peter-Gürtel (neue Ampelkreuzung im Süden des Gewerbegebiets / Köglerweg-Maggstraße)
- Erhebung der genauen Umstände bzw. Bedingungen bezüglich notwendiger Grundeinlösen durch die Stadt Graz (Wer sind die Eigentümer? Wie hoch wären die zu erwartenden Grundstückswerte und -größen? Gibt es im Falle von privaten Eigentümern Widerstände?)
- Erhebung der zu erwartenden Kosten für die bauliche Umsetzung (Straßenerrichtung, Errichtung der technischen Infrastruktur wie Ampelanlagen etc.)
- Erhebung der Bedingungen, zu welchen man sich mit dem derzeitigen Eigentümer des Autobahnzubringers (ASFINAG) in der Höhe des Gewerbegebietes einigen kann, um dieses Vorhaben umzusetzen
- Erhebung möglicher freiwilliger Beteiligungen (in finanzieller Hinsicht) durch im Gewerbegebiet ansässige Unternehmen bzw. durch Unternehmen, die durch diese Autobahnauffahrt profitieren würden (in erster Linie Frächter und Speditionen, die regelmäßig in dieses Gebiet einfahren müssen)
- Erstellung einer detaillierten Entwurfsplanung (vorerst) bzw. in weiterer Folge auch einer Detailplanung für dieses Vorhaben

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.10 Verkehrsberuhigung Unterer Breitenweg bzw. Peterstalstraße
(GR Hötzl, FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wie von Anrainern des Unteren Breitenwegs zu erfahren ist, wird dieser Weg sehr gerne als Abkürzung genutzt, um von der Waltendorfer Hauptstraße in die Peterstalstraße oder umgekehrt zu gelangen. Aufgrund der Tatsache, dass der Untere Breitenweg – die letzten etwa 200 Meter zur Peterstalstraße heißen auch Peterstalstraße – kurz vor der Kreuzung Peterstalstraße eine lange Gerade darstellt, die relativ steil abfällt, wird sehr häufig von Fahrzeugen, die von Waltendorf nach St. Peter – also bergab – fahren, die erlaubte Höchstgeschwindigkeit überschritten.

Aus diesem Grund stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz werden ersucht, ein geeignetes Konzept zu erstellen, um die Zahl der Überschreitungen der zulässigen Höchstgeschwindigkeit im beschriebenen Bereich deutlich zu reduzieren. Wünschenswert wären entweder Bodenschwellen in relativ kurzen Abständen oder aber das Aufstellen von großen Betonblumentrögen, wie es sehr gerne in Umlandgemeinden von Graz gemacht wird. Das Konzept soll nach Möglichkeit auch umgehend umgesetzt werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.11 Radweg Klosterwiesgasse
(GRⁱⁿ Ussner, Grünen)**

Der Radweg in der Klosterwiesgasse stellt aus unterschiedlichsten Gründen ein Sicherheitsrisiko für die Menschen dar, die ihn benutzen. Er ist zu schmal, um mit einem Anhänger oder Lastenrad zu fahren, er ist teils in sehr schlechtem Zustand, LKW, die als Gegenverkehr kommen, stellen durch die schmale Straße ein großes Risiko für ungeschützte RadfahrerInnen dar, Geschwindigkeitsbegrenzungen werden regelmäßig überschritten und ein angemessener Radweg müsste durchgehend sein.

Deshalb stelle ich im Namen der ALG folgenden

Antrag:

Stadträtin Elke Kahr wird ersucht, eine Prüfung in der Klosterwiesgasse hinsichtlich folgender Aspekte zu veranlassen und im Verkehrsausschuss über die Ergebnisse zu berichten:

1. Sanierung der Fahrbahn
2. Absenkung der Gehsteigkante zur Sicherstellung der Barrierefreiheit
3. laufende Geschwindigkeitskontrollen
4. Vorrang des Radwegs bei der Querung der Steyrergasse und der Brockmanngasse
5. Gehsteigkanten an den Kreuzungen zur Steyrergasse und Brockmanngasse
6. Verbot für den Durchzugverkehr von Schwerverkehr

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.12 Abtrennung zur Straße bei der Kinderkrippe Marburger Straße
(GRⁱⁿ Wutte, Grünen)**

Insbesondere vor Kinderbetreuungseinrichtungen entstehen immer wieder gefährliche Verkehrssituationen. In einem konkreten mir bekannten Fall konnte ein Unfall vor der Kinderkrippe Marburger Straße in letzter Sekunde noch vermieden werden, indem der Lenker sein Auto auf die andere Fahrbahn verriss. Ein Kind war in einem kurzen, unbeobachteten Moment auf die Straße gelaufen, als es von seinen Eltern abgeholt wurde. Derartige gefährliche Situationen könnten in Zukunft durch eine Verbreiterung der Absperrung zur Straße hin vermieden werden (siehe Foto).



Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Antrag:

Die für den Bereich Verkehr zuständige Stadträtin Elke Kahr wird ersucht zu prüfen, ob die Absperrung zur Straße vor der Kinderkrippe Marburger Straße verbreitert werden kann sowie andere Maßnahmen, die zur Erhöhung der Sicherheit der Kinder gesetzt werden können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.13 „Halbe-halbe, auch am Foto“
(GRⁱⁿ. Robosch, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Menschen machen Medien. Und Medien können die Realität widerspiegeln oder eben genau diese verzerren oder verfälschen. Die Texte und Bilder, die wir in Medien sehen, beeinflussen maßgeblich unsere Meinung und schaffen oftmals unrealistische Idealvorstellungen. Wir werden täglich mit 2000 - 5000 manipulierten Bildern bombardiert. Fotos von Models oder berühmten Persönlichkeiten, die in Publikationen veröffentlicht werden, entsprechen oftmals nicht der Wahrheit. Mit Photoshop wird geschnipselt, ausradiert oder schlank gemacht, damit das Endergebnis allen Ansprüchen makelloser Schönheit entspricht. Experten bestätigen, dass das schlimme Auswirkungen auf den Selbstwert und das Körperbild überwiegend von Mädchen und Frauen hat.

Junge Mädchen wie auch Buben stehen unter starkem Druck, da sie glauben, so aussehen zu müssen wie die manipulierten Fotos. Warum die Retusche ein Problem ist, zeigen uns die Zahlen:

- 56 Prozent der Buben und 77 Prozent der Mädchen zwischen elf und 15 Jahren fühlen sich zu dick, sind aber nach ihrem Body-Mass-Index normal- oder gar untergewichtig.
- Schätzungen zufolge erkranken mindestens 200.000 ÖsterreicherInnen einmal in ihrem Leben an einer Essstörung (Wiener Programm für Frauengesundheit, 2012).

„Jugendliche mit Essstörungen sagen uns, dass das tägliche Ansehen von unnatürlich perfekten Körpern ihre Genesung um ein Vielfaches erschwert. Es würde den Selbstwert und das Körperbild von Teenagern wesentlich verbessern, wenn sie sicher sein könnten, welche Bilder echt sind“, erklärt Susan Ringwood, eine Sprecherin der Organisation Girlsguiding.

Das Problem ist vor allem, dass Frauen in Medien fast ausschließlich auf ihr Äußeres reduziert werden. Bei Frauen geht es zuerst darum, wie sie aussehen, bevor (und wenn

überhaupt) es darum geht, was Frauen tun oder können. In unzähligen Fällen finden wir Zeitungen gefüllt mit Bildern und Berichten von Männern, und Frauen werden oft als „optische Untermalung“ eines Themas benutzt. Diese Eindimensionalität verstärkt das Problem für Jugendliche, führt aber auch dazu, dass Frauen mit ihren Qualifikationen, Talenten, Jobs und anderen Bereichen unsichtbar gemacht werden. Gerade die öffentliche Hand sollte sich ihrer Verantwortung bewusst sein, welche Auswirkungen ihre Publikationen haben können. Es muss das Anliegen der Politik sein, unrealistische Darstellungen nicht zu verstärken, sondern die Realität, also halbe/halbe, richtig und gerecht darzustellen.

Daher stelle ich im Namen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

Antrag:

Die Institutionen der Stadt Graz, besonders die Kommunikationsabteilung und die Redaktion der BIG, werden aufgefordert, bei allen Publikationen folgende Maßnahmen zu treffen:

- Jedes dokumentarisch-publizistische Foto, das nach der Belichtung verändert wird, muss mit dem Zeichen [M] oder [Manipuliert] kenntlich gemacht werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Manipulation durch den Fotografen oder durch den Nutzer des Fotos erfolgt.
- Eine Kennzeichnung muss stets erfolgen, wenn:
 - o Personen und/oder Gegenstände hinzugefügt und/oder entfernt werden,
 - o Personen verändert/retuschiert werden,
 - o verschiedene Bildelemente oder Bilder zu einem neuen Bild zusammengefügt werden,
 - o maßstäbliche und farbliche inhaltsbezogene Veränderungen durchgeführt werden.

- Für mehr Repräsentanz und Sichtbarkeit beider Geschlechter in allen Publikationen zu sorgen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.14 Offenlegung von Geschäftsbeziehungen mit Claudia Babel (GR Swatek, Neos)

Die Kleine Zeitung berichtete am 12. März 2019 von einem weiteren Skandal rund um die Bürgermeisterberaterin Claudia Babel. Diesmal betraf es eine Schmutzkübelkampagne gegenüber der Shopping City Seiersberg. Bürgermeister Nagl reagierte und kündigte an, die Zusammenarbeit mit Babel ein weiteres Mal zu beenden. Der Kleinen Zeitung liegen weiters Unterlagen vor, die eine Kooperation Babels mit hochrangigen Beamten der Stadt Graz belegen. Um Licht ins Dunkel zu bringen, ist es seitens der Stadt unabdingbar, alle Geschäftsbeziehungen seitens der Stadt und Claudia Babel offenzulegen.

Gemäß der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden, alle Beziehungen zwischen der Stadt und Claudia Babel, dies betrifft Verträge und Zahlungen an sie und Unternehmen mit ihrer Beteiligung, für alle Bürgerinnen und Bürger offenzulegen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.15 Sofortiges Ende von Hochzeitsgebühren ohne Rechtsgrundlage
(GR Swatek, Neos)**

Neben der klassischen Möglichkeit, sich im Standesamt das “Ja-Wort” zu geben, ist es in Österreich auch möglich, abseits des Standesamtes zu heiraten. Die Gebühren, die eine Gemeinde dabei für die Entsendung eines Standesbeamten zur Eheschließung verlangen kann, sind klar vom Gesetzgeber definiert. Sie betragen € 54,40 für Verfahrenskosten, sowie € 380,-- Kommissionsgebühr³. Gebühren, die auch die Stadt Graz von Heiratswilligen verlangt.

Doch darüber hinaus zwingt die Stadt Graz Paare zum Vertragsabschluss mit einer Eventagentur. Dabei verlangt die Agentur zusätzlich bis zu € 450,-- Gebühren von Paaren. Ein Vorgehen, das in Österreich einzigartig ist und das man auch in Städten mit weitaus mehr Eheschließungen, wie etwa Salzburg, nicht findet. Denn der Zwang zur Eventagentur, ohne die die Stadt Graz keine Standesbeamten entsendet, geschieht ohne Rechtsgrundlage.

Ein Umstand, den unter anderem auch die Volksanwaltschaft⁴, als Kontrollorgan zur Verwaltung, kritisiert. Dabei hält sie fest, dass die Stadt dem Legalitätsprinzip verpflichtet ist. Das bedeutet: Die gesamte staatliche Verwaltung darf nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden. Kein Handeln ohne Rechtsgrundlage. Doch der Zwang zur Agentur, samt ihrer Zusatzgebühren, geschieht ohne diese.

Um die Grazer Stadtverwaltung wieder auf den Boden der Rechtsstaatlichkeit zu bringen und Bürgerinnen und Bürger vor ungerechtfertigten Zusatzgebühren zu bewahren, ist es daher dringend nötig, das derzeitige Vorgehen sofort zu beenden.

Gemäß der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

Antrag,

³ Gemeinde-Kommissionsgebührenverordnung 2017

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrStmk&Gesetzesnummer=20001390>

⁴ <https://volksanwaltschaft.gv.at/artikel/Zusatzkosten-fuer-Hochzeiten-in-Graz>

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz das sofortige Ende eines Agenturzwanges bei Eheschließungen abseits des Standesamtes, noch vor dem Auslaufen des Vertrages mit der Eventagentur, durchführen. Dadurch sollen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt keine Zusatzgebühren mehr ohne Rechtsgrundlage aufgebürdet werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 14. März 2019

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 18.30 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreter
Mag. (FH) Mario Eustacchio

Stadtrat
Kurt Hohensinner, MBA

Stadtrat
Dr. Günter Riegler

Schriftführer und Schriftprüferin

Der Schriftführer:
Wolfgang Polz

Die Schriftprüferin:
GRⁱⁿ Elisabeth Potzinger

wörtliches Protokoll erstellt von: Carina Reiter